

RIS - RatsInformationssystem - Stadtrat



Vorlagen-Nr.: 02-08 / V 04529

[Link verschicken](#)

[Vorgangs-Download](#)

Betreff: Projekt "Stolpersteine"

Status: Endgültiger Beschluss

Details	Dokumente	Ergebnisse		
Gremium / Ausschuss 	Sitzungstermin 	TOP 	Beschluss / Entscheidung 	Ergebnis 
<u>Vollversammlung</u>	<u>16.06.2004, 09:00</u> Öffent. TO	1.	Dringlichkeit zuerkannt. Antrag beschlossen	einstimmig

Der Oberbürgermeister

SPD-Stadtratsfraktion

CSU-Stadtratsfraktion

FDP im Münchner Rathaus

Projekt „Stolpersteine“

Antrag für die Vollversammlung am 16. Juni 2004

Der Stadtrat bestätigt die Entscheidung des Ältestenrates, das Projekt „Stolpersteine“ in München nicht zu realisieren und keinen öffentlichen Straßengrund dafür zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Der Stadtrat hat sich bereits intensiv mit dem Projekt „Stolpersteine“ beschäftigt, u.a. im Kulturausschuss vom 27. Mai 2004 und wiederholt im Ältestenrat. Der Ältestenrat hat einmütig vereinbart, das Projekt „Stolpersteine“ in München nicht zu realisieren und keinen öffentlichen Straßengrund zur Verfügung zu stellen. Am 25. Mai 2004 wurden dennoch – ohne die erforderliche städtische Genehmigung – „Stolpersteine“ verlegt. Mit Schreiben vom 8. Juni 2004 hat die Israelitische Kultusgemeinde für München und Oberbayern die Landeshauptstadt von dem einstimmigen Beschluss ihres Vorstandes informiert, „die Entscheidung des Ältestenrates der Landeshauptstadt München in vollem Umfang zu billigen“. Mit Antrag Nr. 1690 haben die Stadtratsmitglieder Marian Offman und Richard Quaas eine Entscheidung des Stadtrats über die Zulässigkeit der „Stolpersteine“ im öffentlichen Raum beantragt.

Der Stadtrat bekräftigt die Entscheidung des Ältestenrates, die am 14. Juni 2004 von den antragstellenden Fraktionen und Gruppierungen nochmals bestätigt wurde,

- weil die Anbringung von Gedenktafeln „im Straßenschmutz“ trotz guten Willens der Initiatoren auch als herabsetzend empfunden werden kann und auch tatsächlich von vielen so empfunden wird;
- weil die Israelitische Kultusgemeinde als demokratisch legitimierte Repräsentantin der Jüdinnen und Juden in München diese Form des Gedenkens ablehnt;
- weil eine geringe Zahl von „Stolpersteinen“ das Ausmaß des nationalsozialistischen Verbrechens mit über 4.500 Opfern allein in München eher verharmlosen und verniedlichen würde;
- weil eine Auswahl von Opfern unlösbare Fragen der Auswahlkriterien aufwerfen muss;
- weil trotz der unbestrittenen Bedeutung von Gedenktafeln für die Angehörigen der Opfer der alltägliche Gebrauch der Bürgersteige eher die Vernachlässigung des

Themas dokumentieren als Nachdenklichkeit und Trauerarbeit auslösen würde;

- weil die Assoziation zu dem antisemitischen Ausspruch, wo man stolpere, müsse ein Jude begraben sein, unbedingt vermieden werden sollte;
- weil die Landeshauptstadt München wesentlich besser geeignete Formen des Gedenkens realisiert hat, etwa die Gedenkstätten für die Opfer der Reichspogromnacht und die deportierten und ermordeten Münchner Juden sowie die Dauerausstellung im Stadtmuseum und vor allem das Erinnerungsbuch des Stadtmuseums mit Portraits und biografischen Daten sämtlicher Münchner Holocaust-Opfer. Dieses Gedenkbuch soll verstärkt an den Schulen eingesetzt und nach Möglichkeit auch im Internet zugänglich gemacht werden. Auch das Jüdische Zentrum und das Jüdische Museum werden Orte des Gedenkens sein. Außerdem hat der Stadtrat die Schaffung eines NS-Dokumentationszentrums beschlossen, das gemeinsam mit dem Freistaat realisiert werden soll.

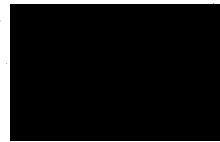
Der Oberbürgermeister



SPD-Stadtratsfraktion



CSU-Stadtratsfraktion



FDP im Münchner Rathaus

